

# Die neue Firmensteuer bringt weniger als erhofft

Bund und Kantone erhalten Millionen statt Milliarden, wie eine neue Studie zeigt.

**Florence Vuichard**

Die Prognose klang vielversprechend: Jährlich sollten dank der höheren Unternehmenssteuern zwischen 1 und 2,5 Milliarden zusätzliche Steuerfranken in die Bundes- und Kantonskassen fließen. Doch in der Realität fällt der Zustupf aus der 2024 eingeführten OECD-Mindeststeuer noch immer deutlich kleiner aus. Immerhin hat sich der Betrag im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Das zeigt die neue, am Donnerstag publizierte Studie des Beratungsunternehmens Deloitte.

Die 50 grössten börsenkotierten Schweizer Konzerne werden demnach für das Jahr 2025 insgesamt 563,8 Millionen Fran-

ken an Ergänzungssteuern im In- und Ausland abliefern. Die ursprünglich angepeilten 2,5 Milliarden scheinen ausser Reichweite. Das glaubt jedenfalls Deloitte-Steuerexperte Thomas Hug: «Aufgrund der verfügbaren Daten gehen wir aktuell davon aus, dass die Mehreinnahmen der Schweiz aus der OECD-Mindeststeuer eher tief ausfallen werden.» Denn mittlerweile haben auch weitere Länder Regelungen für

## 563,8 Mio.

Franken  
beträgt der Zustupf für  
das Steuerjahr 2025

das Einziehen der Mindeststeuer eingeführt, weshalb für die Schweiz letztlich weniger übrig bleibt.

Die Deloitte-Analyse zeigt, dass nicht alle Branchen gleich viel beisteuern. Bezahlt werden die Ergänzungssteuern zu 74 Prozent von den Pharmakonzernen. 16 Prozent stammen von den Banken und Versicherungen, 3 Prozent von der Luxusgüterindustrie. Über die Hälfte der untersuchten 50 Firmen muss gar nichts abliefern, bei den zahlungspflichtigen 21 Unternehmen variieren die Beiträge stark.

Auffällig ist: Die beiden grössten Zahler, die Basler Pharmakonzerne Novartis und Roche, steuern mit 416,6 Millionen

Franken allein knapp drei Viertel bei. Die Private-Equity-Firma Partners Group, der Rückversicherungskonzern Swiss Re und die Bank Julius Bär, die alle etwas mehr als 20 Millionen abgeben müssen, komplettieren die Top 5.

### **Erstaunlich: Bund korrigiert Erwartungen nach oben**

Angesichts der von Deloitte berechneten, vergleichsweise bescheidenen 563,8 Millionen Franken erstaunt es, dass der Bundesrat seine Erwartungen an die OECD-Mindeststeuer für 2025 aufgrund der Einführung der internationalen Ergänzungssteuer gar noch angehoben hat – auf 1,5 bis 3,5 Milliarden Franken. Andere Länder

jedenfalls haben jüngst die Erwartungen an die Zusatzeinnahmen eher nach unten korrigiert: Grossbritannien etwa von 2,8 Milliarden auf 1,6 Milliarden Pfund, Holland von 466 Millionen auf 346 Millionen Euro.

Das liegt nicht nur daran, dass immer mehr Länder nationale Ergänzungssteuern einführen, sondern auch an der seit dem 1. Januar 2026 geltenden Sonderbehandlung für US-Konzerne. Denn die USA haben zwar das Projekt zur Einführung einer internationalen Mindeststeuer für Firmen angestossen, sie selber halten sich aber nicht daran – und schützen auch ihre Konzerne vor allfälligen Zusatzforderungen aus anderen Ländern.